

Das Uni-System auf der Anklagebank: Beiträge zum Verhältnis von Bildung und Ökonomie im Vorfeld des

Die blinden Flecken der Audimaxisten

Plädoyer des (Pflicht-)Verteidigers im Prozess Humboldt gegen Bologna: „Lieber weniger, aber dafür bessere Lehrveranstaltungen. Besser kürzere Studien, dafür gut geplante Angebote. Bologna verbietet das durchaus nicht.“



Christian Fleck*

Audimaxisten und die Besetzer von Hörsälen der Provinzuniversitäten haben einen Erfolg bereits erzielt: Die längst überfällige Diskussion über die Universitäten ist in Gang gekommen. Da im Unterschied zu früher der Protest der Studierenden nicht zugleich auch ein Generationenkonflikt ist, könnte sich in dieser Debatte sogar so etwas wie eine Übereinstimmung über die zu lösenden Probleme herauskristallisieren. Dazu ist es allerdings nötig, einige blinde Flecken der bisherigen Diskussion aufzuheben. Noch herrscht die Parole: „Bologna ist schuld und Humboldt der Retter.“ Seit Humboldts Zeiten verhilft eine universitäre Ausbildung zu einer günstigeren Platzierung im gesellschaftlichen Statusgefüge. Früher einmal wartete an der Ausgangstür der Uni eine Beamtenstelle; falls der Herr Papa mehr soziales Kapital (vulgo Vitamin B) besaß, landete man gleich weiter

oben. In solch einer Welt ging es nicht um den überprüfbaren Erwerb von Wissen und Können, der Besitz eines Titels genügte.

Die Massenuni und der vielleicht einmal tatsächlich entstehende europäische Hochschulraum erfordern es, dass Bildungsabschlüsse vergleichbar sind. Das verbessert die Chancen derer, die während des Studiums Wissen und Kenntnisse erworben haben, und bietet ihnen am Arbeitsmarkt fairere Chancen. Der Soziologe Michael Young hat dafür vor 50 Jahren den Begriff „Meritokratie“ geprägt: Soziale Positionen sollen allein auf Grund der intellektuellen Verdienste des Einzelnen zugewiesen werden. Davon sind wir in Österreich immer noch weit entfernt. Hier verbreitete sich in den vergangenen Jahren die Mär, dass die Anhäufung von Titeln (MMag.; DDr.) von Vorteil wäre, statt während eines Studiums Kompetenzen zu erwerben. Die Folge: weitere Überfüllung der Hörsäle ohne Verbesserung der Ausbildung.

Den Kritikern bedeutet „Bologna“ Verschulung, doch selten erklären sie, was sie damit meinen (vgl. S. 33). Humboldt wollte ein System überwinden, in dem Professoren von oben approbierte Lehrbücher vorlasen, Studierende mitschrieben und das bei Prüfungen reproduzierten. Derartiges gibt es auch heute noch. Ein strukturiertes Studienprogramm ordnet hingegen das zu erwerbende Wissen in sinnvoller Weise und vermittelt Studierenden Techniken der Wissensaneignung. Eine derartige Strukturierung hilft jenen, deren Eltern ihnen kein oder nicht ausreichend kulturelles Kapital mit auf den Weg gegeben haben.

Ein vermeintlich freies Studium, bei dem jede/r studiert, was ihr/ihm gerade in den Sinn kommt, wäre in der nur von wenigen Studierenden bevölkerten Humboldt-Universität möglich gewesen, ist in Massenuniversitäten aber schlicht unmöglich.

„Geist“ gegen „Mammon“?

Die Universitäten für mehr Studierende zu öffnen kann nur funktionieren, wenn diese Massen in geordnete (Ausbildungs-)Bahnen gelenkt werden. Das ist die unvermeidlich Kehrseite der Ausweitung der Zahl der Studierenden. „Bologna“ unterbindet keineswegs eine Vielfalt der universitären Bildung. Man könnte sich beispielsweise an „best practice“-Beispielen orientieren und jenen Studienanfänger, die bei Studienbeginn noch nicht wissen, was sie studieren sollen und wofür sie geeignet sind, ein dem Curriculum der amerikanischen „liberal arts colleges“ vergleichbares Studienangebot zu bieten.

Schließlich werden die „Bologna“-Gegner nicht müde, die Auslieferung der schönen alten Humboldt-Welt an „die Wirtschaft“ zu beklagen. Was damit gemeint wird, bleibt meist im Dunkeln gemeinsam geteilter Abscheu vor dem Anderen des reinen Geistes, dem Mammon. Eine Verbesserung der Lage an den Universitäten kostet viel Geld und das staatliche Budget wird dafür nicht reichen. Selbst die reichsten Privatuniversitäten können sich nicht alles leisten, was einer guten Ausbildung förderlich wäre. Wer dafür eintritt, dass neben der öffentlichen Hand kein anderer Financier in Frage kommen dürfe, der irrt gründlich. Absurderweise beziehen Österreichs Studierende „Kinderbeihilfe“, statt auf ein sinnvolles Studienkreditsystem zurückgreifen zu können.

„Bologna“ ist für unsere Bildungsbürger und deren studierende Kinder, was einst der Teufel den Christenmenschen war: die symbolische Bündelung all des Bösen,

ZITIERT

„Ruhe! Bitte!“

Aus einem Stimmungsbericht von der Audimax-Besetzung München:

Hinter dem Pult im Mühner Audimax sind die Tagesordnungspunkte an die Wand projiziert. Überschrift in riesigen Lettern: „Ruhe! Bitte!“ Applaus und Buhrufe für die Redner, die sich in einer Schlange hinter dem Mikrophon einreihen, sind unerwünscht. Zustimmung wird stattdessen mit einer hochgestreckten, sich hin und her drehenden Hand signalisiert. Ablehnung mit gekreuzten Armen. Klage darüber, dass ein Redner ein schon ausdiskutiertes Thema noch mal auf die Tagesordnung setzen möchte, wird mit der Geste vermittelt, wie man sie aus dem Fußball kennt, wenn ein Spieler eine Auswechslung anregt. Das erste Ziel, nämlich keine „Bierzeltstimmung“ aufkommen zu lassen, wie es eine Rednerin nennt, wird damit trotz des verbreiteten Bierkonsums erreicht ... (FAZ)

das in der Welt ist. „Bologna“ hätte auch die Chance einer grundlegenden Reform des Uni-Systems geboten, doch damals schlofen die Freunde Humboldts den ruhigen Schlaf der Insider, die im alten System sozialisiert wurden. Aus dem Schlaf gerüttelt, bejammern sie nun die Herrschaft der Bologna-Bauftragten und der Bürokratie, die dieses Mal schneller zur Stelle war als Lehrende und Studierende. Deren Unvermeidlichkeit in einer Massengesellschaft und -universität bekämpfen sie, indem sie den protestierenden Studierenden erklärende Erzählungen aus der Welt von gestern offerieren. Im 21. Jahr-

hundert kann eine Universität aber nur funktionieren, wenn engagierte Lehrende nur eine beschränkte Zahl von Studierenden betreuen; andernfalls leidet die Qualität, verfällt das Engagement.

Nötig wären ein kreativer Umgang mit Knappheiten, eine sozial ausgewogene Kostenverteilung und eine Bündelung des Lehrangebots. Lieber weniger aber dafür bessere Lehrveranstaltungen. Besser kürzere Studien, aber dafür gut geplante Angebote. „Bologna“ verbietet das durchaus nicht.

*Christian Fleck lehrt Soziologie an der Universität Graz.



Protest-Transparent an der Universität Wien. – Die Verhandlung ist bereits in vollem Gange ...

Foto: Cremer

PAUL LENDVAI

Sozialdemokratie im freien Fall



Hatte der vor kurzem verstorbene bedeutende Soziologe Ralf Dahrendorf doch recht, als er vor mehr als einem Viertel-

jahrhundert das Ende der Sozialdemokratie voraussagte? „In seinen besten Möglichkeiten war das Jahrhundert sozial und demokratisch. An seinem Ende sind wir (fast) alle Sozialdemokraten geworden. Wir haben alle ein paar Vorstellungen in uns aufgenommen und um uns herum zur Selbstverständlichkeit werden lassen, die das Thema des sozialdemokratischen Jahrhunderts definieren: Wachstum, Gleichheit, Arbeit, Vernunft, Staat, Internationalismus.“ Dahrendorf fügte hinzu, das sozialdemokratische Programm sei attraktiv, „nur: Es ist ein Thema von gestern.“

Damals haben vor allem die deutschen Sozialdemokraten diese später oft zitierte These empört zurückgewiesen. Die Ära Schröder und die Erfolge in elf der damals fünfzehn EU-Staaten in den späten 90er-Jahren schienen den gewagten Thesen Dahrendorfs zu widersprechen und die Kritik von links zu bestätigen. Die vom britischen Soziologen Anthony Giddens vertretene Theorie vom „Dritten Weg“ (1998) zwischen liberalem Kapitalismus und klassenkämpferischem Sozialismus sollte – und konnte auch – eine Zeit lang als Rettungsanker für manche sozialdemokratischen Parteien (Agenda 2010 für die SPD) dienen.

Wer aber dieser Tage in Berlin das Medienecho auf die Wahl des zwölften SPD-Parteivorsitzenden seit Willy Brandt beim Dresdner Parteitag erlebt, wird nicht zufällig eine späte

Bestätigung des seinerzeitigen Dahrendorf-Befundes spüren. Nach dem Debakel der SPD bei den Bundestagswahlen – mit 23 Prozent die schwerste Niederlage seit 1945, Verlust eines Drittels ihrer Wähler seit 2005 – hatte der neue Parteichef Sigmar Gabriel noch vor seiner Wahl in einer ersten Botschaft an die Genossen den „katastrophalen Zustand“ seiner Partei zugegeben.

Der Parteitag fiel zeitlich mit dem 50. Jahrestag der Annahme des epochalen Godesberger Programms der deutschen Sozialdemokratie, mit dem radikalen Kurswechsel und der Absage an den Klassenkampf zusammen. Wird nun Gabriel die SPD aus einem „Debattenklub“ in eine „Veränderungspartei“ umwandeln und die Partei „nach innen und nach außen“ öffnen können? Nach der „organisatorischen, programmatischen und emotionalen Verelendung der Partei“, so Heribert Prantl in der *Süddeutschen Zeitung*, sei die Wahl eines neuen Parteichefs „die einzige Wahl, bei der sich die SPD sicher ist, dass die eine ordentliche Mehrheit erhält“. Bei den jüngsten Umfragen liegt die SPD sogar bei nur 20 Prozent, und der Manövrierraum ist sehr knapp, zumal laut Berlin-Korrespondent der *Neuen Zürcher* die CDU Angela Merkels „längst eine sozialdemokratische Partei“ sei ...

Von Schweden, dem Land mit der Dauerherrschaft der Sozialdemokraten, über die Niederlande bis zu Frankreich und Italien (trotz Berlusconi Skandalregime) wählt man eher die besseren Kopien der Sozialdemokraten. Trotz aller Differenzen zwischen den einzelnen Ländern fehlen überall (auch in Österreich!) links der Mitte Persönlichkeiten mit Charisma und Integrationskraft.

Mehrwert Bildung

Offener Brief an Gio Hahn

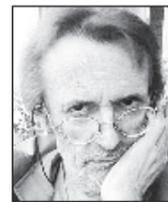
Lieber Herr Hahn, da Sie zurzeit alle Hände voll mit dem Kofferpacken und Abwimmeln (Studenten, Journalisten, Parteifreunde etc.) zu tun haben und keine Hand frei haben, um ein Kuvert zu öffnen, schreibe ich Ihnen einen offenen Brief. Den können Sie auch im Vorübergehen lesen. Aber nicht erst im Zug nach Brüssel, weil: Dann ist alles zu spät.

Sie können das Uni-Problem noch ganz schnell lösen, wenn Sie sich an der Privatwirtschaft ein Beispiel nehmen, wohin Sie ja sowieso über kurz oder lang entsorgt werden werden.

Haben Sie gewusst, dass die Erste nun ihr Eigenkapital von satten 6,5 Prozent auf luxuriöse 7,3 Prozent erhöhen will, und zwar mit einem sogenannten Börsengang? Um Ihnen gedanklich auf die Sprünge zu helfen: Der Gang zur Börse ist eine Aufstockung des Eigenkapitals durch Kredit. Wenn Ihnen das nicht einleuchtet, sollten Sie studieren. Aber nicht in Österreich. Weil: Das kommt im europäischen Uni-Ranking gar nicht vor. Weltweit liegt die Uni Wien derzeit knapp hinter Ulan Bator, aber noch immer vor Timbuktu.

Doch zurück zum Eigenkapital: Nehmen wir an, die Österreichischen Unis bilden europaweit ein geistiges Eigenkapital von 6,5 Prozent. Mit diesem Kapital gehen Sie nun quasi an die Börse und kaufen dann mit 7,3 Prozent das gesamte europäische Bildungssystem, also auch die Sorbonne, Cambridge und die Humboldt, und werden so zum Gründungsvater des gesamteuropäischen Bildungssystems, bei dem sich dann alle Zugangsbeschränkungen erübrigen, wenn Sie dessen Statut von Maria Fekter ausarbeiten lassen.

Womit wir bei der Personaldiskussion angelangt wären. Alfred Gusenbauer fände endlich den Job, der auf ihn zugeschnitten ist, nämlich als Lehrbeauftragter für Abgewandte Politologie, Molterer machen Sie – um Ihr Gewissen zu beruhigen – zum Dekan der neuen Studienrichtung „Gott und die Welt“, Faymann bleibt Ordinarius für Semantische Redundanz, und Wolfgang Schüssel wird Pedell.



Schatzdorfer: Geistiges Kapital an die Börse bringen!

Foto: privat

Mit den von Ihnen flächendeckend eingeführten Studiengebühren kauft Josef Pröll die Volksbanken-Gruppe, die neuen Erste-Aktien, dem Darabos den ersten Kampfanzug seines Lebens und Ihnen die Fahrkarte nach Brüssel.

Natürlich haben Sie recht, lieber Hahn, mit Ihrer Abreise ist das Problem nicht gelöst. Mit einem 6,5-prozentigen Bildungsangebot kommt man nicht leicht in den Vollbesitz seiner geistigen Kräfte. Aber: Der Anteil geistigen Eigentums in der Politik liegt weit darunter. Und wir Schriftsteller sind es auch gewöhnt, mit sieben Prozent Tantiemen 100 Prozent unserer Miete zu bezahlen.

Ihr Günther Schatzdorfer
Geistiger Urheber (100 %!)

PS: Gratulation, dass es Ihnen gelungen ist, rechtzeitig vor der Wahl die Wiener ÖVP zu paralisieren. Nur eine Bitte noch: Nehmen Sie den Strache mit nach Brüssel. Dort soll es ein Zahn-Ambulatorium für EU-Politiker geben, gleich neben der Fernsehkanone. Die Ferrari-Waldheim können Sie dalassen. Als Englisch-Souffleuse des Bundeskanzlers.

Günther Schatzdorfer, 57, lebt als Schriftsteller und Maler in Wien und zwischen Isonzo und Piave.